

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Freitag, den 8. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Ein internationales Sturmsignal.

Im „Stern“, der sozialistischen Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, beschäftigt sich Genosse Paul Lensch mit der Wahl des Exgenossen Millerand zum Präsidenten der französischen Republik. Er hält sie für ein Ereignis von großer Tragweite, aber für fraglich, ob seine innerpolitische oder seine außenpolitische Bedeutung die größere ist:

„In der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland, den Frankreich seit dem 11. November 1918 mit friedlichen Mitteln betreibt, wird zunächst keine Veränderung eintreten. Die Politik, die Millerand als Ministerpräsident beliebte, und die ihn zum Schöpfungsdämon der reaktionären französischen Bourgeoisie gemacht hat, wird selbstverständlich nicht dadurch geändert, daß jetzt Millerand an die Spitze des Staates getreten ist und zu seinem Nachfolger einen seiner Handlanger bestellt hat. Dieselbe stupide Bestialität, die bisher das Kennzeichen dieser Politik war, wird auch für die nächste Zukunft das Kriterium französischer Staatskunst sein. Wir halten Millerand für klug genug, um einzusehen, daß seine mitteleuropäische Politik das Gegenteil von klug ist. Aber hier heißt es wie im „Egmont“: „Vielleicht war diesmal der Kluge klug genug, nicht klug zu sein!“ Denn wollte Herr Millerand lediglich seiner besseren Einsicht folgen, so wäre er weder Ministerpräsident noch jetzt Staatspräsident geworden. Und wie der alte Bismarck von den preussischen Junkern sagte: Man will doch nicht ewig einfacher Landrat bleiben! So heißt es von dem französischen Advokaten: man will doch nicht ewig einfacher Abgeordneter bleiben. Wovon man ausgeht, ob vom Merkantilismus, Sozialismus, Bourgeois-Republikanismus, ist im Grunde völlig gleichgültig, die Hauptsache ist, daß man seine Sache nicht ernst nimmt und jederzeit bereit ist, sie preiszugeben, wenn es darauf ankommt, Karriere zu machen. In der Tat gab es in der französischen Politik Schermerhals — wenn man Jules und einige sozialistische Dogmatiker von der Art Jules Guesdes ausnimmt — erfolgreiche Männer, die für eine „Sache“ kämpften und diese „Sache“ ernst nahmen. Zum größten Teil waren sie würdige Schnapphansks, für die die Politik ein Geschäft war, und zwar vielleicht das unauberste von allen. Es handelt sich für sie nicht um „Sachen“, sondern um Personen und in erster Linie natürlich um die eigene wertvolle Person. Diese Eigenart der französischen Verhältnisse erklärt es, wie der verstorbenen Max Weber zu betonen liebte, daß die französische Parteienentwicklung von so merkwürdiger Rückständigkeit ist wie in Deutschland etwa die Gruppierungen bei den Gemeindevahlen früher waren.

So hat auch Herr Millerand sein Ziel erreicht. Er, der ausging von französischem Sozialismus, endet jetzt als der allgemeine Vertrauensmann der französischen Bourgeoisie und das in einem Augenblick, wo der geistige Tiefstand und die reaktionäre Gemeingefährlichkeit dieser Bourgeoisie als Klasse nicht mehr gut überboten werden kann. Er, der als Kriegsminister im Frieden durch die theatralische Wiederbelebung der Nachtparaden den chauvinistischen und militärischen Geist Frankreichs an seinem Teile wiederzubeleben suchte, hat auch nach dem Kriege dafür gesorgt, daß die Waffen nicht zur Ruhe kamen, und in der sorgfältigen Vorbereitung des polnischen Krieges gegen den verhassten Bolschewismus hat er die bourgeois Instinkte seiner französischen Rentenempfänger aufs angenehmste genützt.

Es ist bezeichnend, daß die Wahl Millerands in England gerade von dem Teil der Presse am begeistertsten begrüßt wird, der an der Spitze der Völkereihe und der sozialen Reaktion steht, von den Organen des Herrn Northcliffe, der „Times“ und des „Daily Mail“. Diese Zeitungen erblicken in der Wahl Millerands zum Staatspräsidenten ein Unterpfand für die Weiterführung des Krieges gegen Deutschland mit friedlichen Mitteln, sodann aber auf die Sicherheit für den Weiterbestand der englisch-französischen Freundschaft. Und dieser zweite Punkt verlangt eine nähere Würdigung. Bekanntlich wird das Wirtschaftsleben Englands, ja die gesamte innere Politik, belastet durch den Druck der Arbeiterfrage, im besonderen des drohenden Bergarbeiterstreiks. Lloyd George, der schon seit Jahren das Vertrauen der englischen Arbeiterwelt verloren hat, ist heute der Chef einer auf Reaktionäre und scharfmacherische Großkapitalisten stützenden Regierung. Genau wie sein Freund Millerand in Frankreich. Aber England ist nicht umsonst der älteste Industriestaat der kapitalistischen Welt. Hier sind die sozialen Gegensätze reifer und die englische Bergarbeiterfrage hat sich von ihrem Ziel, der Sozialisierung der Bergwerke, nicht abbringen lassen. Sie ist ihres rechten Weges wohl bewußt und dabei verklärt es wenig, ob sie aus taktischen Gründen die zweischneidige Waffe des Generalstreiks zurzeit auf dem Kampfboden ruhen läßt oder nicht. In den Kreisen des englischen Schatzmachertums rechnet man mit der Gefahr, daß bei den nächsten Wahlen die englische Arbeiterklasse die politische Macht erobern könnte und um dem zu entgegen, bemüht sich Lloyd George mit allen Kräften, die Arbeiterführer in eine taktisch ungünstige Situation hineinzumandrieren und womöglich jetzt eine Neuaufgabe der Wahlwahlen von 1918 zu „schleichen“. Jedenfalls spitzt die gesellschaftlichen Gegensätze in England sich zu und der

Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital scheint dort seiner entscheidenden Phase entgegenzueilen.

In dieser Situation erhält die Wahl Millerands eine besondere Bedeutung. Millerand hat ausdrücklich erklärt, daß er eine Verfassungsreform anstrebt, die die Position des Staatspräsidenten verändern und ihr eine aktivere Bedeutung geben soll. Es ist jedem klar, daß eine so skrupellose und energische Persönlichkeit wie Millerand sich nicht in die Rolle eines Halben Spießbürgers a la Fallieres drängen ließe. Der Mann will nicht bloß repräsentieren, der Mann will politisch den Ton angeben. Die Botschaft, die er bei Übernahme seiner neuen Würde dem Parlament zugehen ließ, läßt nun aufs deutlichste diesen „Ton“ erkennen. Es ist der Ton der schrankenlosen sozialen Reaktion. Die dreißigjährige Dienstzeit soll, das ist der Sinn seiner gewundenen Worte, erhalten bleiben, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter soll eingeschränkt werden. Unvergessen ist das Wort, mit dem dieser Wiedermann das vom „Völkerbund“ begründete Internationale Arbeitsamt in Genf begrüßte. Er bezeichnete als eigentliche Aufgabe dieses Amtes, die Arbeiter zur Unterwerfung unter die Gebote der „Bourgeois-Vernunft“ zu erziehen, womit natürlich die Gebote der Bourgeois-Vernunft gemeint waren. Die fanatische Bolschewistenangst dieses einstigen Komödianten der Freiheit, der schon längst eine Marionette der Reaktion geworden ist, paßt in das Bild vorzüglich hin-

ein. Kurzum: Millerand ist jetzt auf dem Punkte, den Vorkampf gegen die sozialistische Gefahr auf dem gesamten Kontinent zu führen. Ein bürgerliches Blatt drückte diesen Gedanken unlängst folgendermaßen aus: „Welches Bild dem nationalen Blatt unter der Führung Millerands vorzuschwebt, ist klar: ein bürgerlich-republikanisches-konservatives Frankreich unter Führung eines starken Mannes, der den europäischen Kontinent beherrscht, und um das sich alle Kräfte ganz Europas konzentrieren, die sich den Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes entgegenstellen.“ So stehen die Dinge in der Tat und so sieht die „Kontinentalpolitik“ aus, wie sie die französische Bourgeoisie träumt.

So erscheint denn Millerand als das kontinentale Spiegelbild des insularen Lloyd George. Beide sind durch den Zwang der Verhältnisse in eine Position hineingeschoben worden, wo sie sich entscheiden mußten: für oder wider die Arbeiterklasse und damit für oder wider den Sozialismus? Und beide entscheiden sich für den Kapitalismus gegen den Sozialismus.

Die Wahl Millerands bedeutet ein internationales Sturmsignal.

Die Politiker, die da glauben, über die „Weltrevolution“ schlechte Witze reißen zu können, sollten es sich hinter die Ohren schreiben!

Erster Kongreß der deutschen Betriebsräte.

W. B. Berlin, 7. Oktober.

Dritter Sitzungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Bohnsack (Arel) unter großem Lärm der Opposition, die gestern beschlossenen Korreferate abzulehnen, um den Betriebsräten Gelegenheit zur ausgiebigen Diskussion zu geben. Neuer großer Lärm entsteht bei Erledigung eines geschäftsordnungsmäßigen Antrages auf Beschluß der sehr kurzen Debatte über diesen Antrag. Der Schluß der Debatte wird beschlossen. Sofort beginnen neue Redaktionen bei der Abstimmung über den Antrag Bohnsack, der unter lautem Beifall der Opposition abgelehnt wird.

Nach diesem Vorspiel erhält Dilmann das Wort zu seinem Referat über die Aufgaben der Betriebsräte.

Er führt unter anderem aus: Als Sozialisten haben wir heute nicht mehr wie bisher nur Propaganda zu treiben, sondern den Sozialismus durchzuführen. Wir haben die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen. Die Verhältnisse, die der Krieg mit der Vernichtung der Wirtschaft, der Volksgesundheit und der Volksmoral geschaffen hat, sind der Durchführung des Sozialismus allerdings nicht günstig. Der Sozialismus kann nicht durch rohe Gewalt allein verwirklicht werden. Die Berechtigung des Geistes muß ihm auf dem Fuße folgen. (Beifall.) Redner umreißt dann in großen Zügen noch einmal das Bild, das Hilferding und Wiffell von der trostlosen wirtschaftlichen Lage des Landes gegeben haben, und fährt dann fort: Das Kapital hat sich längst international ausgebreitet, während wir Arbeiter uns noch national die Köpfe einschlagen. (Sehr richtig!) Die Kapitalistenklasse ist sich einig in dem Ziel, den Sozialismus niederzuhalten. Bei der Besprechung der Forderungen der Arbeitslosen warnt Dilmann davor, diese ausgehungerten und verzweifelten Menschen aufzuspüren. (Während dieser Ausführungen begleitet ihn der ironische Beifall der Mehrheit.) Er fordert dann für die Erwerbslosen nicht nur Unterstützung, sondern Beschäftigung. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß endlich aus dem Anfangsstadium heraus. Unsere Forderung auf Bekämpfung der Arbeitslosenfürsorge und Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge begegnen im Reichstage immer noch dem geschlossenen Widerstand des Bürgertums. Auch wir müssen uns endlich einigen. Dilmann geht dann auf die Verhältnisse im Auslande ein, schildert Frankreich, England und Amerika als die politischen und wirtschaftlichen Machthaber und bedauert, daß die Arbeiterbewegung in diesen Ländern noch nicht den Stärkegrad erreicht hat, den wir gerne sähen. Von den englischen Arbeitern können wir trotz ihrer nationalen Engstigkeit sehr viel lernen. Ihre letzte große Bewegung hat uns gezeigt, daß man nicht planlos puschen, sondern planvoll die großen Bewegungen führen muß, wenn man Erfolg haben will. (Sehr richtig!) Alsdann kommt Redner auf die Geschichte der Betriebsräte zu sprechen und lehnt das Betriebsrätegesetz als Hemmnis und Fessel für die Arbeiterklasse ab. Ueber die Zusammenfassung aller Betriebsräte legt er, daß die Christlichen und die Gelben ebenso als unsere Gegner zu betrachten sind, wie jene Kreise, die sich revolutionär nennen und konterrevolutionär handeln. (Stürmischer Beifall.) Der Betriebsrat, der seinen Wählern sagen würde, daß er nur die großen revolutionären Aufgaben zu erfüllen habe und sich nicht um ihre täglichen Sorgen kümmern könne, würde nicht lange auf seinem Posten bleiben. Betriebsräte müssen bei den Unternehmern nicht ditten und betteln, sondern fordern. Vor allen Dingen muß der Betriebsrat dafür sorgen, daß das Unternehmertum Respekt vor ihm bekommt. Diesen erkämpft man sich aber nicht durch Schwadronieren und Maulaufreißen bis hinter die Ohren. Dazu ist nötig ein Wissen und Können, gepaart mit jachtigem Ernst. (Stürmischer Beifall.) In den Betrieben müssen Sprechstunden eingerichtet werden. Der Betriebsrat selbst muß in sich eine Arbeitsteilung vornehmen. Die Kommissionen müssen den Betriebsräten laufend Bericht erstatten. Der Unternehmer muß dem Betriebsrat so viel Zeit freigeben, wie er zur Erfüllung seiner Aufgabe braucht. Schikanen von Seiten des Unternehmers dürfen keineswegs geduldet werden. Der Betriebsrat seinerseits muß aber durch sein Verhalten dafür sorgen, daß die Unternehmerschaft kein Material zur Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes in die Hand bekommt. Vor allen Dingen muß er genau über die vom Betrieb für seine Tätigkeit geleisteten Ausgaben Buch führen. Dilmann warnt davor, zu fordern, daß die Betriebsräte voll-

ständig freigestellt werden. Sie müßten im Produktionsprozeß bleiben. Wenn der Betriebsrat vollständig freigestellt wird, dann ist zu befürchten, daß er nach einem Jahre noch schlimmer als Betriebsratsbombe verschrien wird, als wir als Gewerkschaftsbomben. (Stürmischer heiterer Beifall.) Heute schon haben in einzelnen Großbetrieben die Betriebsräte dermaßen abgemirtschaftet, daß es nicht möglich ist, bewährte Leute für diesen Posten zu bekommen. Das liegt vor allen Dingen daran, daß die Massen noch zu wenig geschult sind und immer noch gewissenlosen Sekern nachlaufen, die gegen die Betriebsräte losziehen. Zu berücksichtigen ist auch, daß ganz freigestellte Betriebsräte der Gefahr ausgesetzt sind, den Versuchungen von Seiten der Unternehmer zum Opfer zu fallen. Nicht zum Aufgabenbereich der Betriebsräte gehört beispielsweise die Verteilung von Lebensmitteln. Der Betriebsrat hat die Beschwerden der Belegschaft zu prüfen. Er muß aber von jedem Beschwerdeführer zunächst fordern, daß er persönlich seine Beschwerde bei der Betriebsleitung anbringt. Wenn er dann kein Recht bekommt, greift der Betriebsrat ein. Das ist eine zur revolutionären Erziehung der Massen durchaus notwendige Maßnahme. Es gibt noch leider allzu viele, die den Mund groß aufreißen und knetsen, wenn es gilt, selbst für ihre Forderungen einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Bei Einstellungen und Entlassungen müssen wir die Mitwirkung der Betriebsräte fordern. Wir dürfen unsere Kräfte nicht an den Versuchen, die Walfischuppenpolitik zu einer revolutionären zu machen, vergeuden. Wirkt erst einmal dafür, daß alle Mitglieder der freien Gewerkschaften auf einen gemeinsamen Kampfboden gebracht werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Betriebsräte sind wirtschaftliche Räte, die ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Wirtschaft zu richten haben. Für politische Arbeiterämter ist die Zeit noch nicht gekommen. Sie können erst dann in Wirksamkeit treten, wenn wir die politische Macht erlangt haben. Bei dem Umstellungsprozeß der Wirtschaft müssen Kopf- und Handarbeiter zusammenwirken. Diese vereint in den Gewerkschaften, sind die wahren Träger des Wirtschaftskörpers. Die Gewerkschaften mit ihren neun Millionen Mitgliedern haben das Werk der Umstellung zu vollbringen. Darum können auch die Betriebsräte als die Vertrauensleute der Arbeiterklasse nur im engen Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen fallen, da sie im Klassenkampf der Arbeiterklasse keine Berechtigung haben. Die Gewerkschaften sind umzustellen auf die Erfordernisse unserer Zeit. Sie müssen in Gemeinwirtschaft mit den Betriebsräten die Vorbereitung treffen, daß wir nach der Ergreifung der politischen Macht die Wirtschaft umstellen können. Zum Schluß verurteilt Dilmann scharf die Treibeieren gegen die Antierdamer Internationale und fordert die Einigkeit der Gewerkschaften, ohne die die Arbeiterklasse ihre große Aufgabe nicht erfüllen kann. Im gemeinsamen Kampf mit allen Arbeitsschreibern werden wir den Sieg erringen unter der Parole: „Proletariat aller Länder, verschlagt Euch nicht die Köpfe, sondern vereint Euch!“ (Starker Beifall.)

Nach dem Referat Dilmanns verlas der Vorsitzende Grafmann eine Entschlieung, die den Arbeitern und Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe die volle Sympathie des Kongresses in ihrem Kampfe ausspricht und einstimig Annahme findet.

Als zweiter Redner zur Tagesordnung ergreift Röpel von der Afa das Wort. Er weist erneut auf die Fehler im Betriebsrätegesetz und die Sabotage desselben durch die Unternehmer hin. Die auf Grund des Betriebsrätegesetzes zu erwartenden Gehehe über die Bilanzensicht und die Teilnahme an dem Aufsichtsrat müssen in höherem Maße als das Betriebsrätegesetz selbst die Forderungen der Arbeiter entgegenkommen. Die Arbeiter müssen sich auf jeden Fall mit den Angestellten zusammenschließen; da letzten Endes in deren Händen alle Fäden des Betriebes zusammenlaufen. Redner weist auf den vor einiger Zeit von der Afa erlassenen Aufruf an die Angestellten hin, der ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Kopf- und Handarbeitern fordert. Das Verhalten der Harmonieverbände der Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe hat zur Genüge gezeigt, daß ein Zusammenarbeiten mit diesen unmöglich ist. Wenn das „Berliner Tageblatt“ darüber Klage führt, daß auf diesem Kongreß jene Harmonieverbände, sowie die unorganisierten und selbständigen Betriebsräte nicht vertreten sind, so kann man Richard Müller zu

der Verteilung seiner Rede durch ein kapitalistisches Blatt ge-
tullieren. (Lebhafter Beifall und große Heiterkeit.) Sind sich
die Arbeiter und Abgeordneten einig und gehen sie gemeinsam an
die Durchführung der erhobenen Forderungen, dann müßte es
mit dem Tausch zugehen, wenn die Masse der neun Millionen
Gewerkschaftsmitglieder nicht den Sieg davontragen sollte. (Leb-
hafter Beifall.)

Brodat, der als letzter Referent bestellt war, begnügt sich
angesichts des noch zu erwartenden Arbeitspensums damit, kurz
aber energisch auf die Notwendigkeit des engen Zusammenarbeitens
zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften hinzuweisen. Wir ha-
ben in Deutschland schon Arbeiterorganisationen genug, so daß die
Gründung einer selbständigen Betriebsräteorganisation nicht nur
überflüssig, sondern auch schädlich ist.

Danach kommen die Korreferenten zum Wort.
Bendler, vom Bauarbeiterverband, führt aus: Wir sind
der Meinung, daß auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts-
ordnung ein Herauskommen aus dem Niederbruch unmöglich ist.
Die Vorkämpfer dieses Kongresses haben zu den bisher ange-
wandten Mitteln des Klassenkampfes immer noch das Vertrauen,
daß sie ausreichen, um die großen Probleme der Gegenwart zu
lösen. Nach unserer Ansicht sind diese Methoden überholt. (Sehr
richtig!) Diese Meinung haben wir gewonnen aus den Folge-
rungen, die wir aus der neuen ökonomischen Lage gezogen haben.
Die Mehrheit der deutschen Arbeiter war vor dem Kriege mit
den Existenzbedingungen, die der Kapitalismus ihnen diktierte,
so sehr einverstanden, daß sie nicht gewillt war, sie durch Kampf
zu verbessern. Das wollten nur die in den Gewerkschaften organi-
sierten 2½ Millionen Arbeiter. Aber auch die wollten den Kampf
nur auf dem Boden des bestehenden Staates führen. Sie dachten
nicht an eine Zerkümmern des Kapitalismus, sondern waren
zufrieden, einige Pfennige Lohnerhöhung zu erhalten. Die während
und nach dem Kriege eingetretene geistige Umwandlung der Ar-
beiterklasse ist nicht der Erfolg unserer Agitation, sondern eine
Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Sie ist aber noch
nicht beendet. Wir müssen sie beschleunigen, aber nicht mit den
alten Methoden des Klassenkampfes. Diese sind nach unserer
Überzeugung nur Hemmnisse auf dem Wege, der uns zum Ziele
führt. Man nennt uns Revolutionsromantiker, aber es gibt auch
wirkliche Romantiker, die die Zeit von 1914 für die jetzige halten
und zu denen die Vorkämpfer dieses Kongresses gehören. Wir
dürfen aber nicht anknüpfen an die Vorkriegszeit, sondern müssen
Verbindungen suchen mit dem Neuen, das sich aus dem Chaos der
Gegenwart löst. Es ist Aufgabe der Betriebsräte, das Letzte,
das übrig bleibt, herabzukürzen und das Neue, das sich anfindet, aufzu-
bauen. Niemals in der Geschichte und niemals in der Natur ist
eine neue Gesellschaft oder ein neues Leben geboren ohne daß das
Alte von ihm getrennt werden mußte, niemals ist eine neue Ge-
sellschaft ohne einen Bürgerkrieg entstanden. Und wer da glaubt,
daß die kapitalistische Gesellschaft ohne Bürgerkrieg durch die so-
zialistische abgelöst werden kann, der irrt sich. Eine Angst vor
dem Bürgerkrieg ist unser Hauptfeind, nicht die Zivilcourage,
die Dismann fordert, sondern die Steigerung der Macht der Al-
gemeinheit, das ist das Problem der Revolution. Wir können die
Revolution nicht mit den Menschen machen, die wir uns wünschen.
Wir müssen sie nehmen, wie sie sind. In der Revolution ändern
sie sich von selbst. Wenn wir heute den Kampf nach unserer
Methode aufnehmen, dann wird es morgen und übermorgen
ebenso wenig Arbeit und Brot geben wie heute. Auch das Chaos
wird nicht verschwinden. Im Gegenteil, vorübergehend wird die
Not und werden die Leiden des Volkes weit größere werden und
auch das Chaos wird ein vollständiger werden. Aber trotz dieser
Ansiht sagen wir: Unser Weg ist der einzig richtige. Er allein
führt uns zum Ziele. (Starker Beifall.)

Der zweite Korreferent Richard Müller setzt unter teil-
weiser sehr großer Unruhe dem übermüdeten Kongress seine be-
kannnten Räteideen auseinander. Er lehnt die vom ADGB und
der IFA aufgestellten Richtlinien für die Betriebsräte ab und
fordert unter starkem Widerspruch des Kongresses den Zusammen-
schluß aller Betriebsräte, da es nur so möglich sei, die gefassten,
christlichen usw. Arbeiter von ihren Führern zu trennen. Er for-
dert die Betriebsräte auf, sich nicht an die starke Organisation der
Gewerkschaften anzuschließen, sondern für sie eine bewegliche und
außerhalb der Gewerkschaften stehende Organisation zu schaffen.
Nach diesem Referat trat nach 3 Uhr Pause ein.

Der Betriebsrätekongress ist Donnerstag nachmittag zu Ende
gegangen. Da uns der Bericht über die letzten Verhandlungen
noch nicht zugegangen ist, können wir ihn erst in der nächsten
Nummer veröffentlichen.

Berichtigung: Im Bericht über die Mittwochssitzung
muß es heißen anstatt Schlawa-Hamburg Schramm-Hamburg.

Das verarmte Deutschland.

Erweiterung der Vollmachten der Finanzverwaltung.
Der Reichsrat nahm Donnerstag folgende Entschlie-
ßung an:

Die Regierung legt dem Reichsrat den Reichshaushalt
für 1920 vor. Dieser weist eine Gesamt-
ausgabe von 79,5 Milliarden gegen 34 Milliarden im
Jahre 1914 auf. Die Ausgabe vermehrt sich, wie erst jetzt festzu-
stellen möglich gewesen ist, durch die Steigerung der laufenden
Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungs-
heeres in den Rheinländern von dem an sich schon hohen
Einsatz von 3 Milliarden auf die ungeheuerliche Summe von
15 Milliarden, auf

insgesamt 91,5 Milliarden.

Ungeachtet hiervon sind 49,7 Milliarden. Hierzu tritt ein weiterer
Fehlbetrag bei der Eisenbahn- und Postverwaltung von zusam-
men 18 Milliarden Mark. Der Gesamtfehlbetrag be-
trägt somit 67,7 Milliarden Mark. Die Finanzlage
ist hiernach so ernst, daß das Gehalt für Angestellte und räumlichster
Einsparung der Ausgaben nicht ausreicht und die Ausgaben nicht
beschränkt werden können. Die durch die Erhöhung der Haushalts-
entwürfe bedingte Stellung zu verschärfen, war der Reichsrat stets be-
reits. Gegenüber dem auf so breiter Grundlage aufgebautem Haushalt
finden auf diese Weise zwar ersprießliche Minderungen nicht zu er-
zielen. Die Durchführung der Ausgaben auf ein mit der Finanz-
kraft des Reiches noch vereinbares Maß ist durch die Höhe der
Ausgaben zu erreichen. Der Eingriff muß schon bei der Aufstellung des
Haushaltsplanes geschehen und darf heute selbst vor den uner-
warteten Notwendigkeiten nicht mehr halt machen.

Die finanzielle und damit die politische Zukunft des
Reiches steht auf dem Spiel.

Es soll nicht verkannt werden, daß das Reichsfinanzmini-
sterium bestrebt war, zu jenem Teile Einsparungen herbei-
zuführen. Gegenüber dem Drängen der Reichsregierung zur Erweiterung
ihres Wirkungskreises und nach Übernahme neuer Aufgaben
müssen ihm jedoch verheerende Handhaben gegeben werden, um er-
folgreich durchzugreifen. Je mehr zudem die Gehälter des Haus-
halts von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestim-
mungen des Friedensvertrages hergeleiteten Forderungen unserer
Reichsgenossen abhängig ist, um so zwingender erhebt sich die
Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten eine feste Minderung
der Ausgaben einzutreten zu lassen, die für ein verarmtes
Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es des wirkli-
chen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die
Gehälter derjenigen Ausgaben, deren Bewehrung in anderer
Hand liegt. Der Reichsrat begnügt daher das im Reichsabinett
herausgearbeitete Bestreben.

Die Vollmachten der Finanzverwaltung zu erweitern,
auf das schärfste. Nur wenn ihr Gehalt beschränkt werden muß,
wenn sie in die Lage versetzt wird, das Maß der Ausgaben in
unerschütterlicher Strenge mit den verfügbaren Mitteln
in Einklang zu halten, wenn ohne ihre Zustimmung neue Auf-

gaben nicht übernommen werden dürfen, ist es der Finanzver-
waltung möglich, die Ziele zu erreichen, wie sie die Lage der
Reichsfinanzen zur unabweisbaren Pflicht macht. In die Reichs-
regierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschlie-
ßungen so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister
in die zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen
bei den Reichsausgaben unerlässlichen Macht-
befugnissen auszustatten, erreicht wird.

Das Stimmrecht der Oberschlesier gefährdet!

Wie der Pariser „Temps“ mitteilt, ist eine Abordnung
des polnischen Verteidigungskomitees aus Oberschlesien in
Paris angekommen. Diese Abordnung hat die Absicht, vom
Völkerbund die Entziehung des Stimmrechts für
die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Ober-
schlesier zu verlangen.

Der Versailler Friedensvertrag bestimmt, daß jede Person,
ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar des Ab-
stimmungsjahres das zwanzigste Lebensjahr vollendet, stim-
mberchtig ist, wenn sie in der Zone, in der die Volksabstimmung
stattfindet, geboren ist.

Der Schritt des polnischen „Verteidigungskomitees“ läuft
demnach auf eine krasse Verletzung des Friedens-
vertrages hinaus, der die deutsche Reichsregierung die
Pflicht hat, sich mit aller Energie zu widersetzen.

Deutschlands Vertretung in der internationalen Arbeitskommission.

Mailand, 7. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Ver-
waltungsrates der internationalen Arbeitskommission entspann sich
eine lange Debatte über den Antrag des Vertreters der deut-
schen Regierung, die Dokumente des Arbeitsamtes in deutscher
Sprache zu veröffentlichen. Schließlich wurde der Direktor des
Arbeitsamtes beauftragt, gemäß Artikel 396 des Friedensvertrages
die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die
Dokumente in der Sprache überliefert werden, die zur angemessenen
Verbreitung dieser Mitteilungen erforderlich ist. In der Vormittags-
sitzung wurde der Beschluß gefaßt, den Vereinigten Staaten einen
Regierungsvertreter in der internationalen Arbeitskommission
anzuschicken.

Der Friede von Riga.

Nach einem Telegramm dänischer Blätter aus Riga wird
die Unterzeichnung des Vorfriedens zwischen
Polen und Rußland am Freitag in einer öffent-
lichen Sitzung stattfinden. In polnischen Unterhändler-
kreisen wird erzählt, daß die Bolschewisten die polnischen Vor-
schläge in allen wesentlichen Punkten annehmen haben. Die
entscheidende Frage ist bei den Verhandlungen ausgeschlossen
worden. Die Grenze wird westlicher gelegt, als von der Sowjet-
delegation vorgeschlagen wurde. Die polnisch-ukrainischen Unter-
händler dagegen behaupten, daß ein Abkommen auf der Grund-
lage der polnischen Minimalforderungen zustande kam, die
mit der Erklärung des altrussischen Exekutivzentralkomitees
zusammenfallen.

Katastrophaler Zusammenbruch der Bolschewistenherrschaft in Südrußland.

Wie der „Matin“ aus Kozlow meldet, hat General
Wrangel den Donez überschritten und rückt auf
Charkow vor. Der Zusammenbruch der Bolschewisten-
herrschaft in ganz Südrußland ist ein katastrophaler zu nennen.
Die Russen leisten an keiner Stelle mehr
ernsten Widerstand.

Usserbeldschans Ende.

Nach einem Funkpruch aus Moskau haben die Regie-
rungen Sowjetrußlands und der Tatarenrepublik Usserbeldschan
mit der Hauptstadt Baku ein Kriegsbündnis geschlossen.
Das Bündnis soll dem Kampf gegen England dienen.
Auf Grund des Vertrages werden die Militärorganisationen,
die Oberkommandos, sowie alle Organe des Volksverkehrs
und des Finanzwesens zusammengelegt. Die Selbständigkeit der
tatarischen Sowjetrepublik Usserbeldschan hat damit aufgehört.

Politische Rundschau. Deutschland.

Zusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag tritt am 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
zusammen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden
dem Reichstag bei seinem Zusammentritt die bereits angekün-
digten Weißbücher über Oberschlesien vorgelegt werden.
Sie sind in einem Bande vereinigt und enthalten Material über
die geheimen polnischen Kampforganisationen in Oberschlesien
und deren Zusammenhang mit dem Aufstand im August 1920.
Weiter bringen sie Feststellungen über das Verhalten der Inter-
alliierten Organe, insbesondere der französischen Truppen, sowie
die Zusammenstellung der polnischen Uebergriffe und Verbrechen.
Dem Buch sind Anlagen beigelegt, die die Beweismittel zu
den mitgeteilten Tatsachen bilden.

Keine Beseitigung des Achtstundentages.

Gegenüber Gerüchten von der bevorstehenden Abschaffung
des Achtstundentages wird von zuständiger Stelle erklärt, daß
im Reichsarbeitsministerium in der Tat eine
gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der
gewerblichen Arbeiter und Angestellten in Vor-
beratung ist. Völlig unzutreffend sei es aber, daß dabei
beabsichtigt wäre, den Achtstundentag zu beseitigen. Abgesehen
von dem ist zu bemerken, daß der Internationale Verband der
Arbeit beim Völkerbund auf seiner ersten Hauptversammlung
in Washington im Jahre 1919 den Entwurf zu einem Über-
einkommen über die Einführung des Achtstundentages für
gewerbliche Arbeiter beschloß, und daß die Reichsregierung,
da Deutschland Mitglied dieses Verbandes ist, verpflichtet sei,
diesen Übereinkommensentwurf dem gegenseitigen Körper-
schaften alsbald vorzulegen.

Sozialdemokrat und Groß-Berlin.

Eine Groß-Berliner Funktionär-Konferenz
der Sozialdemokratie beendete die Ansprache über die
Berliner Kommunalpolitik durch einstimmige An-
nahme folgender Entschlie-
ßung: Die Parteifunktionäre und Be-
triebsvereinsleiter der S. P. D. Groß-Berlins billigen das In-
teressieren der Sozialdemokratischen Stadterneuerung

mit den „Unabhängigen“ in der neuen Groß-Berliner Stadter-
neuerungskommission bei der Bildung des Magistrats. Sie er-
warteten von dieser Koalition eine sachliche, auf dem Boden der
Tatsachen stehende Kommunalpolitik, die allein die Wahrung der
Interessen der Bevölkerung im Auge haben darf und die durch
Nugbarmachung aller Kräfte der Arbeiterklasse zu aufwändiger
Mitarbeit Berlin vor politischen und wirtschaftlichen Erschüt-
terungen bewahrt. Nachdem durch den Magistrat mit sozialisti-
scher Mehrheit die Leitung der Berliner Kommunalpolitik in die
Hände der sozialistischen Parteien gelegt ist, hält die Konferenz
es für zweckmäßig, daß über die Zusammensetzung der Bezirks-
ämter eine Verständigung mit allen Parteien herbeigeführt wird.
Die Konferenz erhebt schärfsten Protest gegen die Machtpolitik
der bürgerlichen Parteien in der Preussischen Landesversammlung,
die auf eine Bergemächtigung des Mehrheitswillens der Berliner
Bevölkerung hinausläuft. Sie fordert die sozialdemokratische Ar-
beiterklasse auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bei den
nächsten Neuwahlen zum preussischen Landtag die bürgerliche
Mehrheit durch eine sozialdemokratische ersetzt wird. Dagegen
lehnt sie die kommunistische Agitation für lediglich gestörende
Generalkritik entschieden ab.

Ein wilder „revolutionärer“ Streik.

Von der Direktion des märkischen Elektrizitätswerkes in
Berlin wird mitgeteilt: Nachdem am Montag
im Kraftwerk Heegermühle des märkischen Elektrizitätswerkes
die Belegschaft in einen wilden Streik getreten war,
der von der Minderheit durch einen Terror erzwungen wurde,
gelang es der Vermittlung der Gewerkschaftsführer, die Belegschaft
auf einer geheimen Abstimmung zu bewegen, die mit über-
wältigender Mehrheit die sofortige Aufnahme der Arbeit beschloß.
Die Arbeit wurde darauf am gleichen Tage wieder aufgenommen.
Die Räubersführer der Bewegung, die unter dem Namen „Revo-
lutionäre Betriebsorganisation“ marschiert, holten
aber darauf aus den umliegenden Industriebetrieben ihre An-
hänger heraus, eroberten in einer Stärke von tau-
send Mann das Kraftwerk und zwangen die Belegschaft
zum Verlassen des Betriebes, darauf bildeten sie einen Ak-
tionsausschuß und legten die Stromleitung an die ge-
samt aus diesem Kraftwerk versorgte Industrie und Landwirt-
schaft still. Nachdem durch ein starkes Aufgebot der Sicher-
heitspolizei die aufrührerischen Elemente ver-
trieben und das Kraftwerk der Betriebsleitung des märkischen
Elektrizitätswerkes übergeben worden war, wurde zunächst der
Notbetrieb durch die technische Vorhilfe aufgenommen. Nachdem
genügender Schutz für Arbeitswillige der Belegschaft bereitsteht,
ist mit der Wiederaufnahme des vollen Betriebes
zu rechnen.

Durch nichts wird die wirkliche Arbeiterbewegung so schwer
geschädigt, wie durch solche, vermeintlich „revolutionäre“ Wünsche.

Umbildung der Polizei in Preußen.

Die Verhandlungen der deutschen Stellen mit dem Inter-
alliierten Ueberwachungsausschuß bezüglich Auflösung der Sicher-
heitspolizei haben nunmehr zu einem für beide Teile zufrieden-
stellenden Ergebnis geführt. In Ausführung der Bestimmungen
des Friedensvertrages in Verbindung mit der Note der alliierten
Mächte vom 22. Juni 1920 und dem Protokoll von Spaas vom
9. Juli 1920 wird danach mit dem 6. Oktober 1920 die Sicher-
heitspolizei einschließlich der Stäbe aufgelöst; die Ausführung
dieser Anordnung erfolgt durch die Oberpräsidenten. Die Ge-
samtzahl der uniformierten Polizeibeamten in Preußen be-
trägt sich auf 85000 Mann. Das Verhältnis der Zahl von
Vorgesetzten zu Untergebenen betrug im Jahre 1913 1:22,4
und beträgt im Jahre 1920 1:23,2. In der sogenannten Zahl sind die
in Zivil tätigen Kriminalpolizeibeamten und die Beamten der
Verwaltungspolizei (Wetz-, Markt-, Bau-, Theaterfächer usw.)
nicht enthalten. Die gesamten Polizeikräfte werden von einem
dem Polizeipräsidenten unterstellten Kommandeur geleitet. Diese
Stellung entspricht dem seit dem Jahre 1848 vorhandenen Kom-
mandeur der Schutzmannschaft.

Der Krieg in der U. S. P. D.

Der Kampf um das Zentralorgan der U. S. P. D., die „Frei-
heit“ in Berlin, ist in seine Endphase eingetreten. Die „Freiheit“
veröffentlicht ein Schreiben der Pressekommission der U. S. P. D.,
in dem die Geschäftsleitung aufgefordert wird, den Redakteuren
Hilferding, Herz, Lipschütz, Prager, Rabold, Seidel, Stein, Leib,
Wielepp und Dahlke mit der Maßgabe zu kündigen, daß sie
ihre Tätigkeit mit Fertigstellung der Donnerstag-Morgenausgabe
einzustellen haben. Die Geschäftsleitung lehnt dies ab und
weist darauf hin, daß es sich hier um einen Versuch handelt, die
„Freiheit“ in die Hand der Kommunisten zu bringen. Weiter
heißt es dann in der „Freiheit“: „Wie uns mitgeteilt wird, sind
Gerüchte im Umlauf, nach dem die „Freiheit“ gewaltam beseitigt
werden soll. Wir wissen nicht, ob diese Gerüchte den Tatsachen
entsprechen. Das eine muß bei dieser Gelegenheit ausgesprochen
werden, es wäre der härteste Schlag, den das Proletariat erleiden
würde, wenn der bisherigen Selbstgefälligkeit der Arbeiterklasse
noch ein mit den rohesten Mitteln der Gewalt geführter Bruderkampf
hinzugefügt werden sollte.“

Die „Unabhängigen“ ernten jetzt, was sie einst gesät haben.
Sie selbst haben zuerst die „rohen Mittel der Gewalt“ angewandt,
um sich hier und da in den Besitz von Blättern zu setzen, die der
Sozialdemokratie gehörten, und haben deshalb kein Recht zur
Klage, wenn sich jetzt die Kommunisten als ihre gelehrtigen Pübel
erweisen.

Auch in Württemberg hat die Spaltung der „Unabhän-
gigen“ zwischen den bisherigen Freunden bereits zum schärfsten
offenen Kampf geführt. Die Moskauer-Freunde haben das Landes-
organ der württembergischen „Unabhängigen“, den „Sozialdemo-
kraten“ beschlagnahmt und die Redakteure, die nicht auf dem
Boden der dritten Internationale stehen, „beurlaubt“. Der
alte Parteivorstand der „Unabhängigen“ gibt nunmehr ein eigenes
Mitteilungsblatt heraus. In diesem wird mitgeteilt, daß die
Gelder, die die Anhänger der dritten Internationale für ihre
Verlegungsarbeit erhalten hätten, von Moskau zur Verfügung
gestellt worden seien. Eine neue Landesversammlung der „Un-
abhängigen“ wird angekündigt.

Kleine politische Nachrichten.

Der ausführende Rat der Vereinigung der englischen
Handelskammern hat sich in einer Entschlie-
ßung gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit
Rußland ausgesprochen, solange nicht alle nationalen, kom-
munalen und Privatschulden Rußlands aus der Zeit vor dem
Kriege anerkannt werden.

Nach einer Meldung des „M. T. W.“ sollte der „unabhängige“
Reichstagsabgeordnete Oberhold in Hannover aus der Partei
der U. S. P. D. ausgeschlossen worden sein. Oberhold stellt
demgegenüber fest, sein Ausschluss durch die Parteileitung sei
noch nicht erfolgt.

Die Aussperzung im Berliner Zeitungsgewerbe
ist vollkommen. Außer einigen wenigen Blättern, die keine große
Bedeutung besitzen, wie „Germania“, „Deutsche Zeitung“ und
„Berliner Börsen-Kurier“, sind seit Donnerstag keine Berliner
Zeitungen mehr erschienen. Die Großbetriebe Moße, Scherl,
Alfstein, ruhen vollständig. „Vorwärts“ und „Freiheit“ erscheinen
in alter Weise, da beide Betriebe der Vereinigung großstädtischer
Zeitungsverleger nicht angeschlossen sind.

Auf der ehemals kaiserlichen Domäne Cadinen ist ein Landarbeiterstreik für die Arbeiter erfolgreich beendet worden.

Im deutsch gebliebenen Teile des Kreises Marienburg sind die Landarbeiter geschlossen in den Streik getreten.

Der tschechische kommunistische Abgeordneteklub wird aus 17 Abgeordneten bestehen und zwar aus 15 Tschechen und 2 Ungarn. Wie die Prager „Tribuna“ berichtet, wurden in Brünn aus der sozialdemokratischen Partei, in der die Kommunisten die Mehrheit haben, alle Führer der Rechten ausgeschlossen.

In Lissabon, Porto und allen größeren Städten Portugals brach der Generalstreik aus.

Tschecho-Slowakei.

Vollständige Demobilisierung.

Präsident Masaryk hat die vollständige Demobilisierung bis zum 12. Oktober angeordnet, d. h. zu dem Tage, an dem die ausgehobenen Rekruten den aktiven Dienst antreten werden. Diese Demobilisation soll nach den Erlassen, welche das Ministerium für die Nationalverteidigung herausgeben wird, durchgeführt und spätestens Ende Februar 1921 beendet werden. Mit dieser Entschliessung wird die Entlassung der Mannschaften der Jahrgänge 1896 bis 98 angeordnet, die im Heeresdienst noch seit der Kriegszeit stehen und mit deren Demobilisierung eigentlich der Friedenszustand eintritt.

Holland.

Verschärfung des Telegraphenstreiks.

U. Amsterdam, 7. Oktober. Der Telegraphenstreik in Holland hat eine meilenlange Verschärfung erfahren. Nachdem der Generalpostmeister den Empfang einer Deputation verweigert hatte, wurde die Entlassung der Streikenden verfügt. Daraufhin forderte das Streikkomitee die übrigen Postbeamten auf, ihre Solidarität durch passive Resistenz zu bekunden.

Spanien.

Generalfstreik.

Paris, 7. Oktober. (Havas.) Nach Berichten von der portugiesischen Grenze soll in ganz Spanien ein Generalfstreik ausgebrochen sein.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 8. Oktober.

Welke Blätter.

Der Sommer ist dahin und der Herbst hat seinen Einzug gehalten. Die Anlagen in der Stadt und die Laubwälder vor den Toren bringen uns die ersten Herbstgrüße. Was noch vor kurzer Zeit von saftigem Grün bekleidet war, prangt jetzt im bunten Herbstgewand. Die einzelnen Laubblätter verfärben sich, indem sie braune und gelbe Flecken bekommen, die sich mehr und mehr ausbreiten, bis die ganze Oberfläche des Blattes gefärbt erscheint. Nicht bei allen Blättern eines Baumes ist diese Veränderung gleich weit vorgeschritten, meist läßt sich ein Fortschreiten von den äußersten Zweigspitzen nach dem Innern des Baumes beobachten; ebenso sind nicht alle Baumarten zu gleicher Zeit in gleichem Maße davon befallen, so daß uns jeder Baumbestand ein farbenprächtiges Bild zeigt, wie es nur im Herbst möglich ist, wo die Färbung der Blätter von Grün über Gelb und Rot zum tiefsten Braun sämtliche Farbtöne durchläuft.

Die Verfärbung der Blätter im Herbst ist auf Veränderungen zurückzuführen, die in dieser Jahreszeit in den Blättern vorgehen. Das am meisten in die Augen springende Merkmal ist das Verschwinden der grünen Farbe. Die Grünfärbung des Laubes rührt von dem Farbstoff her, dem sogenannten Blattgrün (Chlorophyll), das in den einzelnen Zellen des Blattes in Gestalt kleiner Körner eingebettet liegt und von dem Eiweiß (Protoplasma) der Zellen umgeben ist. Der Zellsaft der Pflanze enthält stets ein wenig Säuren verschiedener Art. Solange die Blätter leben, können diese Säuren das Eiweiß nicht durchdringen, das Blattgrün also nicht beeinflussen. Vor dem Laubfall im Herbst verändern sich jedoch die Laubzellen. Das Eiweiß wird widerstandlos und die Säuren des Zellsaftes gelangen jetzt zu den Blattgrünkörnern und zerstören sie. Hierdurch werden die Blätter braun gefärbt, wobei die prächtigsten Uebergänge in den Farbtönen zustande kommen.

Das Blattgrün ist eine Mischung aus einem gelben Farbstoff (Xanthophyll) und einem blauen Farbstoff (Cyanophyll). Beide Stoffe gemischt miteinander ergeben die grüne Farbe der Blätter. Jeder Mater weiß ja, daß sich gelb und blau zu grün vermischen lassen. Häufig zeigen die Blätter im Herbst eine gelbe Farbe. Sie rührt davon her, daß der gelbe Anteil des Blattgrüns in den Blättern verbleiben ist, während der andere aus den Blättern in die übrigen Teile der Pflanze zurückgewandert ist. Die gelben Teile gehen also bei der Verwesung des Laubes verloren, während die blauen der Pflanze erhalten bleiben. Vene bestehen nur aus den Elementen Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff, während diese außerdem noch Stickstoff und Magnesium enthalten. Erstere drei Elemente stehen der Pflanze jederzeit in beliebiger Menge zur Verfügung; es bedeutet deshalb keinen großen Verlust für die Pflanze, wenn sie mit dem Laubfall vernichtet werden. Letztere beiden Elemente sind jedoch für die Pflanze nicht so leicht zu beschaffen, deshalb sucht die Pflanze sie sich zu erhalten und zieht sie aus den Blättern zurück, ehe sie abfallen.

Wir sehen also, daß beide Ursachen, die Einwirkung der Säuren auf das Blattgrün und die Abwanderung des blauen Farbstoffes, die Herbstfärbung der Blätter hervorrufen. Durch ihr Zusammenwirken entstehen die verschiedensten Farbtöne in den Blättern, das prächtige bunte Bild, das die Laubholzwälder im Herbst bieten. Sind die Blätter völlig vergilbt und verwelkt, so lockern sie sich von ihrem Sprossverband und der Herbstwind weht sie zur Erde, wo sie verweseln und der Pflanze wieder nützliche Stoffe zu ihrem Aufbau liefern.

Der Herbst ist nicht die Jahreszeit des Sterbens, als die ihn die Dichter so häufig hinstellen. Auch während es Herbstes und Winters finden äußerst wichtige Lebensvorgänge innerhalb des Pflanzenkörpers statt. Sehen wir uns die Bäume und Sträucher an, so bemerken wir, daß die Knospen, die im nächsten Frühjahr aufbrechen sollen, schon jetzt vorgebildet sind. Sie bleiben in Winterruhe, bis ihre Zeit gekommen ist, bis der Kreislauf des Jahres wieder von neuem beginnt, die Natur ihre Fortsetzung feiert.

Der Bau von Wohnungen

Ist allem Anschein nach in beschleunigtem Maße vor sich gehen. Wie Vertreter des Wohnungswesens mitgeteilt wurde, beschäftigt eine Terringesellschaft auf der Weberskopel 120 Einamilienhäuser zu errichten. Und zwar sollen diese Bauten ohne Staatszuschuß hergestellt werden, zur Bedingung wird gemacht, daß der Staat die Straße ausbaut. Diese Gesellschaft will sogar instande sein, die Häuser gegenüber den vom Staat erbauten bedeutend billiger zu erbauen, als es dem Staat bisher möglich war. Sie sollen einschließlich Gartenland auf 47.000 Mark zu stehen kommen. Wie Herr Baurat Bird kürzlich schrieb, belaufen sich die Baukosten der Siedlungshäuser der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft nach deren Angabe für das kleinste Haus auf 56.000 Mark einschließlich 4000 Mark für 1000 Quadratmeter Gartenland, und für ein großes Haus mit derselben

Grundstücksgröße auf 87.800 Mark. Die durchschnittlichen Baukosten einschließl. der Kosten des Grundstückes der vom Juni 1920 bis September 1920 mit Baugewerkschaften bedachten Häuser betragen rund 65.000 Mark mit durchschnittlich 28.800 Mark Baudarlehen. Verhandlungen mit dem Bauamt über die Errichtung der Häuser auf der Weberskopel sind im Gange. Auch soll sich eine hiesige Baufirma mit dem Plane tragen, die Bauaufsicht durch Errichtung größerer Wohnungen zu heben. Sie will aber vorher erst Sicherung dafür haben, daß diese Wohnungen nicht beschlagnahmt werden dürfen.

Die Lübecker Kollektanten haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, folgende Protestentschließung an die Reichsregierung, den Reichsrat und den Reichstag zu senden: „Die am 6. Okt. versammelten Kollektanten aller Grade Lübecks lehnen einmütig den neuesten Referentenvorschlag zur Besoldungsordnung I ab, da sie danach den Verlehrsbeamten gegenüber unerbürdliche Weise urteilend sind, und fordern eine auf Vor- und Ausbildung sowie Dienstleistung beruhende gerechte Einrechnung in die R. V. O. Zur Erreichung dieser auch von der Verlehrsbeamtenchaft als völlig anerkannten Forderung sind sie entschlossen, von allen ihnen zu Gebote stehenden geeigneten Mitteln Gebrauch zu machen.“

Das neue Heer. Infolge Rückführung des Heeres auf 150.000 sind in den Kommandoverhältnissen in Mecklenburg und den Hansestädten folgende Veränderungen eingetreten: Der Freistaat Lübeck erhält den Regimentsstab Inf.-Regts. 6, den Stab des 2. Batl. Inf.-Regts. 6, die 5. und 8. (M.-G.) Kompanie als Garnison. Der Freistaat Hamburg und Harburg werden nicht belegt. Im Lauenburgischen liegt das Erg.-Batl. Inf.-Regts. 6, und zwar mit dem Batl.-Stab und 2 Kompanien, sowie der Minenwerferkompanie 6 in Rakeburg und mit der 3. Komp. in Mülln. Das Kommando der Reichswehr-Brigade 9 und des Inf.-Führers 9 in Schwerin, sowie des Artillerie-Führers 9 in Gilstrow sind aufgestellt. An ihre Stelle ist das Kommando des Infanterie-Führers 2 für die gesamte Infanterie des Wehrkreises 2, heute in Schwerin, getreten. Die Besetzung der Garnisonen in Mecklenburg ist etwa die gleiche geblieben. Es stehen in Schwerin außer den genannten Städten das erste Batl. Inf.-Regts. 6 mit M.-G.-Komp. 6, und Erg.-Batterie Art.-Regts. 2, 2. Komp., Nachrichten-Abt. 2 und 3. Komp. Kraftfahr.-Abt. 2. In Rostock das 3. Batl. Inf.-Regts. 17 nur bis 31. 12. 20, dann wird diese Formation des 150.000-Heeres aufgelöst, an ihre Stelle kommt das 3. Batl. Inf.-Regts. 6 aus Stralsund, da Stralsund Marinegarnison wird. In Gilstrow steht die 2. Abt. Art.-Regts. 2 mit der 4. und 5. Batterie. In Warth in der Regts.-Stab Reiter-Regts. 14 mit der 2. und Erg.-Eskadron; in Ludwigslust die 1. Eskadron des Regiments und der Panzerzug 30.

Warum wird die Margarine teurer? Das Reichsernährungsministerium hat den Reichsausschuß für Oel und Fette anamiefen, die Rohstoffpreise für die Margarine-Industrie von 22.20 Mark auf 24.80 Mark pro Kg. ab 1. Oktober d. R. zu erhöhen. Der Margarinepreis dürfte dementsprechend im Kleinhandel eine Erhöhung von 12 auf 15 Mark pro Pfund erfahren. Die Preis-erhöhung ist dadurch notwendig geworden, daß das Reichsernährungsministerium durch ein Einfuhrverbot die Zeit des günstigsten Weltmarktpreises und des relativ günstigsten Standes der Waluta verpaßt und dann erst den Reichsausschuß für Oel und Fette angemiefen hat, zu dem inzwischen gestiegenen Weltmarktpreise höhere, wengigen Rohstoffe einzukaufen. So wurden die Wahlverbrechungen der kapitalistischen Maulhelden eingelöst. Das Volk bezahlt bei deren jeden Tag offenkundiger werdenden Wucherwirtschaft die Zehne. Bisher lebte das Reichsernährungsministerium von den Vorräten, die der verlästerte sozialdemokratische Minister Schmidt angeammelt hatte. Wie „viel besser“ es sein Nachfolger versteht, dem Volke billigere Lebensmittel zu verschaffen, zeigt das obige Bild. Es dient zur Warnung.

Fledermaus. Die Direktion schreibt uns: Das große Oktoberprogramm der Fledermaus zieht wieder in großem Maße die Zuschauer an. Die ehemalige Prima-Ballerina des Braunschweigischen Landestheaters, Liesel J. me, hat kolossale Anerkennung beim Publikum gefunden. Sie ist aber auch wirklich eine entzückende Tangokünstlerin. Jede Bewegung ist mit einer Grazie und Anmut verbunden. Das Programm ist außerordentlich reichhaltig. Wir verweisen nur noch auf die trefflichen Reigenkünstler 2 Brämons, ferner Mary und Alfred Kee in ihren vorzüglichsten Tanzparadien, die Sängerin Elli van de Wette, die Wandlungstänzerin Kitty King und 3 Original Blondinettes. Das Duett Fehlow-Conrad bringt Berliner norddeutsche Duette, und versteht es hiermit ausgezeichnet, das Publikum in die heiterste Laune zu versetzen. Die Fledermaus hat ihr Lokal an den Wochentagen nur des Abends (Anfang 8 Uhr) geöffnet, Sonn- und Feiertags außerdem von 4-7 Uhr.

Weitere Verbreitung der Viehschnehe. Die Maul- und Klauenseuche ist auf weiteren 18 Stellen in Dissa, Schönböden, Huntekuh, Reede, Wulfsdorf, Dückelsdorf, Urecht, Nöltingshof, Dorrade und Altsfelde ausgebrochen.

Ermittelte und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Treksden, der seitens der Staatsanwaltschaft in Königsberg wegen Diebstahls flechtlich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Königsberg, der auf seiner Arbeitsstelle 40 Pfund Fett gestohlen hatte, um dieses angeblich in seinem eigenen Haushalt zu verwenden. Es besteht aber der dringende Verdacht, daß der Festgenommene schon mehrere solcher Diebstähle ausgeführt und mit dem Fett Handel getrieben hat.

Angrenzende Gebiete.

g. Stodolsdorf. Die Verdrehungskunst bürgerlicher Berichterstattung zeigt sich wieder recht drastisch im Bericht des „General-Anzeigers“ über die letzte Gemeinderatsitzung. Dort wird der sozialdemokratischen Fraktion Kleinliche Rachsucht vorgeworfen. Diese liegt aber gerade auf bürgerlicher Seite, der die sozialdemokratische Mehrheit stets ein Dorn im Auge war. Man fing gleich in der ersten Sitzung an zu häffeln und machte sich zur Aufgabe, alle sozialdemokratischen Anträge zu belächeln, sie zu verhöhnen und natürlich auch dagegen zu stimmen. Wir erinnern nur an die Bauten in der Lohstraße, das Eisele Grundstück und den Wbruch Dose. Daß diese Arbeiten in eigene Regie übernommen werden sollten, konnte die Herren nicht vertragen. Es wurde aber der Beweis erbracht, daß diese Arbeiten so bedeutend billiger gemacht wurden. Die Gemeinde hatte aber einen großen Vorteil, denn das Geld, das sonst bei solchen Geschäften für gute Zigarren ausgegeben wird, floß so in Gestalt von einigen tausend Mark in die Gemeindefasse. Und wie stand es mit den anderen sozialen Forderungen? Waren die Bürgerlichen etwa für die Bewilligung der freien Fern- und Lehrmittel, sowie die ärztliche Untersuchung der Schulfinder? Mit nichts. So viel Einsicht darf man ihnen gar nicht zutrauen. Der Wurm, daß man den S. P. D.-Leuten nicht heimkommen konnte, ist daher groß. Ganz Kleinlich, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, verfuhr man bei der Anstellung des Genossen Jid als Sekretär. Um der sozialdemokratischen Fraktion eins auszuweisen zu können, durchstöberte man verstaubte Akten und suchte die verrostete Gemeindeordnung hervor. Da entdeckten die Kleinlichler vor großer Freude, daß die Anstellung gegen die vorhin erwähnten Paragraphen der Gemeindeordnung verstoße. Klugspross protestierte man bei der Regierung und drängte den Genossen Jid aus seinem Amte. Als sich aber die sozialdemokratische Fraktion bei der Festsetzung des Gehts des Gemeindevorsethers auf dieselbe Gemeindeordnung berief, die dieses Amt als Ehrenamt betrachtet, da wollte man die Sache auf einmal nicht mehr so genau nehmen. Es handelte sich ja hier auch um einen Gemeindevorsteher aus sogenannten bürgerlichen Kreisen und nicht um einen sozialdemokratischen Sekretär. Selbst der Gemeindevor-

vorsteher war über den Einspruch der Sozialdemokraten so empört, daß er phrasenvoll für sein Amt dankte und erklärte, er wolle lieber Lork baden und Sonne auch noch arbeiten. Das glauben wir ihm gerne, denn er ist groß und kräftig. Doch solchen Herren fällt die körperliche anstrengende Arbeit meistens sehr schwer. Aber er soll es nur versuchen, der Mensch gewöhnt sich an alles. Solche dumme Redensarten kann derjenige sich gerne leisten, der im voraus sicher ist, daß er das Scherarbeiten doch nicht nötig hat. Wir müssen dem Herrn jedoch schon sagen, daß er sich ruhig als Lorkbäder auf dem Arbeitsnachweis melden kann, in seiner jetzigen Tätigkeit ist er jeden Tag zu sehen. Das eine ist gewiß: wenn der Herr nur acht Tage seine Kunst im Lorkbaden probiert hat, wird er sich mit Sehnsucht auf seinen mit 11.200 Mark gepolsterten Sessel zurückwünschen.

Kreis Herzogtum Lauenburg. Gemeindevertreterversammlung u. a. Am Sonntag, dem 10. Oktober vormittags 9 Uhr in Lüben bei Schütz stattfindenden Versammlung werden alle sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter und Kreisabgeordnete des Kreises Herzogtum Lauenburg eingeladen. Die einleitenden Vorträge halten Bürgermeister Genosse Stoll-Lauenburg und Gemeindevorsteher Genosse Zimmer-Bejenhorst.

Segeberg. Schwere Automobilunfall. Auf der Chauffee Döhlenzoll-Segeberg wollte ein von Hamburg kommendes Auto einem entgegenfahrenden Fuhrwerk ausweichen, wobei es durch Versagen der Steuerung in den Graben geschleudert wurde. Der eine der Insassen, der Kaufmann Lange, war sofort tot, drei Insassen wurden schwer und einer leicht verletzt. Der Fahrer, den keine Schuld trifft, kam ohne Schäden davon.

Kiel. Preisabbau durch gewerkschaftliche Selbsthilfe. Die Kieler Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände haben beschlossen, die Verfolgung der Bevölkerung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck ist vorerst ein Verkauf von Schuwerk aus erster Fabrik in einem Laden eingerichtet.

Wilhelmshaven. Einen glänzenden Erfolg erzielte der Zentralverband der Angestellten bei der Wahl zum Kaufmannsgericht. Von 6 zu wählenden Beisitzern wurden von der Liste des B. D. V. vier gewählt, während die Liste der vereinigten bürgerlichen Verbände 1 Vertreter erhielt. Dies Resultat ist ein Beweis, daß die Schlagworte des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes auch bei den Angestellten nicht mehr verfangen.

Bremen. Ein Lufthafen in Bremen. Nach einer Meldung der Illustrierten Flugwelt soll in Bremen ein Lufthafen gebaut werden, der einer der größten in Deutschland werden soll. 11 Millionen Mark Kapital wären bereits ausgemessen worden, um Hallen, Flugplatz, Wohngebäude, Reparaturschuppen, Signalstationen usw. zu errichten und auszubauen. Man erwartet, daß sich Bremen dadurch in eine bedeutend bessere Lage als Hamburg bringen würde, das sich am Luftverkehr nicht so interessiert zeigte.

Ostenburg. Explosion. Auf dem Artilleriedepot explodierte beim Abtransport von Munition durch die Ordnungspolizei eine Mine, wodurch der Unteramtsmeister Brandes sofort getötet und zehn andere Personen teils schwer verletzt wurden.

Neueste Nachrichten.

Soziale Selbsthilfe.

U. Berlin, 8. Oktober. Dem „Vorwärts“ wird aus Kottbusch in Sachsen mitgeteilt: Infolge des Ueberhandnehmens der tuberkulösen Sterblichkeit beschlossen die Belegschaften der beiden Kottbuscher Grubenwerke, zum Besten lungenkranker Kinder eine Ueberlichtung zu fahren, deren Gesamteinnahme einschließlich des sich ergebenden Betriebesgewinnes einem von der Arbeiterchaft selbst zu verwaltenden Fonds zufließt. Es ist beachtlich, aus diesem Fonds ein Heim für 30 bis 40 Kinder zu gründen.

Lohnforderungen in der Textilbranche.

U. Berlin, 8. Oktober. Der bestehende Tarif für die kaufmännischen Angestellten des Textilgroßhandels ist zum 31. Oktober gekündigt worden. Verhandlungen über eine 25prozentige Lohnerhöhung werden in der nächsten Woche beginnen.

Doppelmord in der Trunkenheit.

U. Dren, 8. Oktober. In einer Wirtschaft in Düren feierte der 25 Jahre alte Anton Widenholt, der mit mehreren Begleitern karl angetrunken von einer Kirmes zurückgekommen war, ohne jede Veranlassung mehrere Schüsse auf die Gäste ab. Zwei Begleitende sanken, der eine in den Kopf, der andere in das Herz getroffen, tot nieder. Nach vollbrachter Tat ging der Mordbube jectenruhig nach Hause und legte sich zur Ruhe. Er wurde aus dem Bett heraus verhaftet.

Theaterstreik.

U. Frankfurt a. M., 8. Oktober. Das Personal des Neuen Theaters hat Mittwochabend vor Beginn der Vorstellung seine Tätigkeit bis auf weiteres eingestellt, weil der Direktor Hellmer den Obmann des Betriebsrates nach persönlichen Differenzen entlassen und sich trotz der Aufforderung der Bühnemitglieder geweigert hat, die Kündigung zurückzunehmen.

Für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

U. Karlsruhe, 8. Oktober. In der Landesversammlung sämtlicher badischer Preisprüngungsstellen beschloß man, die badische Regierung zu ersuchen, sofort die nötigen Schritte für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft zu unternehmen, da durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Zusammenbruch des Ernährungswezens drohe.

Der Mord im Dienstmädchen Par.

U. München, 8. Oktober. Der Mord im Fürstlichen Par an dem 20jährigen Dienstmädchen Maria Sandmeyer (wie berichtet unter „Reich und Ausland“ darüber. Red.) hat noch keine Klärung gefunden. Die Möglichkeit besteht, daß es sich tatsächlich um einen politischen Mord handelt, weil in einem vorliegenden Brief von einem verratenen Waffenlager die Rede ist. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, daß diese Angaben nur auf eine falsche Fährte lenken sollen, und daß der Mord an dem Dienstmädchen begangen wurde, um in dem Dienstmädchen die werdende Mutter eines Kindes zu beseitigen.

Lohnangelegenheiten an die Tschecho-Slowakei.

U. Prag, 8. Oktober. Deutschland wird demnächst dem tschecho-slowakischen Arbeitsministerium 16 große Schiffe und 300 Elbe-Dampfer übergeben, die nach dem Friedensvertrag der tschecho-slowakischen Republik zutreffen.

Deutschland gegen den Anstich Oesterreichs?

U. Wien, 8. Oktober. Der ehemalige Minister des Äußern, Czernin, welcher jetzt als Kandidat der demokratischen Partei in Wien auftritt, hat in einer Wählerversammlung gestern u. a. mitgeteilt, daß er aus sehr guter Quelle erfahren habe, daß Deutschland gegen den Anstich Oesterreichs sei, da es Repressalien Frankreichs in den Rheinländern befürchte.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

haltbare Kostenträger
Weiche Kragen
zum Selbstwaschen.
Krawatten 7818
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Krankheiten

sowie veraltete Leiden sind oft heilbar durch moderne Heilkunst. Kunstfertigkeit kostenlos. **H. Frost, Rostock**, Köhlerstraße 2. Sprechstunden 9-10 und 2-3 Uhr.

Geschwüre an Brust und Arm, die sehr schmerzhaft waren, beiläufig Herr Frost in kurzer Zeit. Bin dem Herrn dankbar und kann ihn nur empfehlen. **V. Voß, Rostock**, Friedhofsweg 4. (7841)

Blutgewächs. Ihnen zur gefl. Kenntnisnahme, daß das Blutgewächs an meiner Schläfe durch Ihre Behandlung nunmehr verschwunden ist. Ich danke für Ihre Interesse und werde nicht verfehlen, Sie weiter zu empfehlen. **Martin Bründel, Apotheker**, Rostock, Breite Str. 11. (7842)

Ia. Steckrüben
jedenfalls ab in nächsten Tagen eintreffender Ladung. Bestellungen erbeten. (7860)
Th. Häveker.
Beim Ketteich 5/11.

Ludw. Hartwig
Obertrave 8
empfiehlt (7891)

Ia. amerikan. Spelsefett
Pfd. 18.- M.
bei 3 „ 17.75

Syrup, Ia. Qual.
Pfd. 4.80 M.
Weitere billige Waren siehe Preisliste im Laden.
Getreide 349.

Speise- und Futterwaren
hat billig abzugeben (7827)
H. Klemm, Wadenburg a. Süb.

Billige Schuhwaren

sind bei uns seit vielen Monaten im Verkauf. Wir sind nicht in der Lage, sie dauernd dem Publikum in den Fenstern zu zeigen. Wir glauben, auch noch monatelang einem starken Andrang gewachsen zu sein. / Die Annahme, daß wir keine Vorräte haben, ist falsch.

Wir besitzen noch

Riesenvorräte

billiger Schuhwaren aller Art.

Derbe Straßenschuhe.
Warme Hausschuhe.
Elegante Tanzschuhe.

Karstadt

Kinderknochen (keine Backenknochen) u. pr. Rindfleisch.
J. Paschkewitz,
7884) Kerdinstraße 58.

J. H. Rein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Dauen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleistung. (7820)

Deutscher **Transportarb.-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck. (7855)

Bersammlung der Hausdiener u. Reinmachefrauen
am Sonnabend, 9. Oktbr., abends 6 1/2 Uhr.
Im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 9. Oktbr., abends 6 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. 8. Quart.
2. Bericht v. Ortsausschuß.
3. Verschiedenes.
Um vollständiges u. pünktliches Erscheinen ersucht (7836) Der Vorstand.

Zentr.-Krank. Unterstütz.- Verein der Schmiede.

Sonnabend, 9. Oktober BALL
Konzerthaus 'Flora'.
Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet ein. (7857)
Das Festkomitee.

Gledermans
8 Uhr (7839)

Ganja-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
(4. B. Voll-Ab. 2. Vorst. Halb-Ab. Serie II) (7825)
Budenzauber.
Overett-Schwanz i. 3 Akt.

Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Zigeunerliebe.
Operette in 3 Akten von Franz Lehár.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fremdenvorstellung. Budenzauber.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zigeunerliebe!

Stadtheater Lübeck.
Freit. B. A u. 5. B. i. D.
Ab. Nababe Butterfig. 7 1/2
Sonnab. B. A u. 5. B. i. S. 9
Mina v. Barnhelm. 7 1/2 U.
Sonnt. 4. B. f. d. Arb.-B. B.
Mina v. Barnh. 7 1/2 U.
Part. a. d. Theat.-B. (7844)
Der letzte Walzer. 7 1/2 Uhr.

Rensfeld. Balmin u. weiß. Schmalz
vorrätig. (7859)
G. Grube, Lindenstr. 4.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Süddeutscher Verein, Lübeck.
Münchner Oktoberfest
am Sonnabend, dem 9. Oktober 1920, im Konzerthaus Lübeck, Fadenb. Allee.
Anfang 6 1/2 Uhr. (7817)
Landsleute und Freunde echt süddeutschen Humors sind herzlich eingeladen. Erscheinen in Landestracht erwünscht.

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch und Sonnabend
Anfang 6 Uhr
Heinrich Ohde. (7828)

Zentralverband der Zimmerer
Einladung zum **36. Stiftungsfest** (7819)
am Sonnabend, dem 9. Oktober 1920 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.
Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.

Gr. Ball
der Schweinegilde St. Lorenz Nord und Gemeinde Vorwerk
Sonnabend, 9. Oktbr. im Lokal „Einsegl“.
Anfang 6 Uhr. (7838) Das Komitee.

Adlershorst
Morgen, Sonnabend, den 9. Oktober:
Grosser Ball
vom Sparclub „Fortschritt“. (7846)

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten v. „St“ u. Henkels Bleich-Soda.

Zeitgemäße Broschüre.
In den nächsten Tagen erscheint in unserem Verlage:

Die Weisen von Zion.

Das Buch der Fälschungen.
An den Tag gedruckt von **Otto Friedrich.**

Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Der wiederauferstandene Götze. — Der Jarenspiegel. — Die verärrischen Knöpfe. — Der internationale Hochkapitel als Schwurgenge. — Jüdische und Christenmoral. — Märchen eines antiken jüdischen Dichters. — Das gelobte Land in Aegara und Saitzen. — Die erdohliche Front. — Der verkommenere Fehel. — Die jüdischen Eisenbahnen. — Brinzel. — Des Käjels Lösung.

Preis 1,20 M. Preis 1,20 M.
Bestellungen werden schon jetzt entgegenge-
nommen.

Friedr. Meyer & Co.,
Lübeck, Johannisstraße 46.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Die Anmeldung der neuen Lebensmittelfarten

ist nach wie vor unbedingt notwendig, sollen wir unsere Mitglieder mit sämtlichen Lebensmitteln versorgen.

Die Abgabestellen sind so gelegen, daß sie für Jedermann bequem zu erreichen sind. Bis jetzt sind vorhanden:

Innere Stadt: Königsstraße 118, Lang. Lohberg 30/32, Fischergrube 52, Königsstraße 111 (Manufakturwaren).	Eingemeindet. Gebiet: Mörling, Borwert, Schlutup, Travemünde, Siems, Rücknig.
Golfkutter-Nord: Warenburgstraße 1/2, Trögestraße 9, Steinrader Weg 61, Einfiedelstraße 31 a.	Landgebiet: Mehndorf, Moorgarten, Schönböden.
Golfkutter-Süd: Lindenstraße 48, Löpferweg 11.	Auswärts: Schwartau, Sutin, Schönberg, Waltenz, Grewesmühlen i. M., Dassow i. Wedl., Wölsin i. Bbg., Seeretz, Neustadt i. Holst., Hyrnsböd., Rageburg i. Bbg., Stodelsdorf, Fadenburg, Selmsdorf, Zarpen.
Burgtor: Rottwischstraße 8.	
Hägerter: Mörlingstraße 4.	
Mühlentor: Klosterhof 28, Kronst. Allee 108 a.	

Die Errichtung weiterer Abgabestellen erfolgt nach Bedarf. Zunächst ist in Aussicht genommen die Errichtung von Warenabgabestellen:

In Lübeck: Warenburgstraße 28, Poststraße 18.	Auswärts: Wansdorf, Rüg in Recklenbg.
--	--

Aus dem Freistaat Lübed.

Freitag, 8. Oktober.

Zur Kartoffelversorgung.

Zur Sicherung einer Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erträglichen Preisen ist es erforderlich, daß die beteiligten Erzeuger- und Verbraucherkreise zusammenwirken. Hierfür haben in einer am 28. September unter Leitung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Beratung die Vertreter der großen Organisationen der Verbraucher, besonders auch der Gewerkschaften, der Organisationen der Landwirtschaft und des Handels, folgende Richtlinien übereinstimmend aufgestellt: 1. Im freien Verkehr soll ein Erzeugerpreis von 25 Mark je Zentner Herbstkartoffeln nicht überschritten werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion gestatten, soll angestrebt werden, den Preis soweit als möglich unter diese Grenze zu senken. 2. Es sollen sofort durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden, unerschwinglich für einzelne Produktionsgebiete Verhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen herbeizuführen, um eine Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1. angegebenen Grundlage sicherzustellen. Der Handel wird sich mit einer möglichst geringen Gewinnspanne begnügen, dabei muß der unrecelle Zwischenhandel zwischen Verbraucher und Erzeuger ausgeschaltet werden. 3. Bei den Verhandlungen ist so gleich anzustreben, daß von den Lieferorganisationen die Preise bestimmter Mengen zu dem örtlich zu vereinbarenden Preise vertragsmäßig übernommen wird. 4. Die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai 1920 abgeschlossenen Lieferverträge bleiben in Kraft. Die Spickerorganisationen erklären sich bereit, auf ihre Unterorganisationen einzuwirken, für die Durchführung der vorstehenden Richtlinien mit allem Nachdruck einzutreten.

Neuer Preis für Brennmaterialien.

Herabsetzung um 1 Mark pro Zentner.

Am Donnerstag nachmittag fanden Verhandlungen zwischen der Preisfestsetzungskommission und den Vertretern der Kohlenhändler statt, die eine Herabsetzung der Preise für Brennmaterialien zum Ziel hatten. Die Verhandlungen, die sich zunächst in der Hauptsache um die Unkostenberechnung drehten, zogen sich sehr in die Länge und wurden von beiden Seiten hartnäckig geführt. Genosse Knap als Vorsitzender der Preisfestsetzungskommission erklärte, daß die Kommission die Preisalkulation der Kohlenhändler bisher nicht anerkannt hätte und auch nicht anerkennen könnte, da sie nach ihrer Meinung zu hoch sei. Das versuchte Eisermann nachzuweisen, indem er die einzelnen Positionen einer Nachprüfung und Berechnung unterzog. Die Unkosten seien viel zu hoch berechnet. Ueber den gewaltigen Unterschied von durchschnittlich 50 Prozent zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis müsse man als Kaufmann staunen. So kosteten 10 Tonnen Holz, einschließlich Fracht, 3912 Mk. im Einkauf und 5981 Mk. im Verkauf. Er berechnete die Unkosten für Entladung, für Gespanne, Säcke usw. wesentlich niedriger, als die Kohlenhändler es getan haben. Außerdem seien die Handlungsunkosten noch mit 7 1/2 Prozent berechnet. Wenn der Verdienst von 5 Prozent auch zahlenmäßig nicht zu hoch sei, so sei dagegen das Verlustkonto mit 2 1/2 Prozent sehr hoch. Bei einem Verdienst von 5 Prozent müsse auch in Betracht gezogen werden, daß das Kapital im Jahre sechsmal umgeseht werden könne; das mache bei einem Kapital von 1 Million Mark einen Jahresverdienst von 300 000 Mk. Eine Preisherabsetzung sei daher wohl möglich, zumal höchstwahrscheinlich auch Gasloste zum gleich hohen Preise verkauft würde. — Herr Direktor Hyde erwiderte: den Gasloste verbrauchten die Gasanstalten heute größtenteils selbst. Die Entladungs-, Gespann- und andere Unkosten seien nicht zu hoch angelegt, da diese Unkosten tatsächlich so hoch seien. Wenn heute die Entladung eines Waggons im Tagelohn 137,60 Mk. koste, gegenüber früher im März 100 Mk., so sei das Mehr auf die geringe Arbeitsleistung im Tagelohn zurückzuführen. Hinzu käme, daß die Waggons oft spät gestellt würden, wodurch Arbeitszeit verloren gehe und die Unkosten sich somit erhöhten. Er zergliederte dann die einzelnen Positionen und erklärte u. a.: ein Gespann könne pro Tag nur 120 Zentner zur Rumbilhaft fahren, da etwa 80 Familien damit bedient werden müßten. Durch die Lieferung der geringen Quantitäten gehe viel Zeit verloren, wodurch die Unkosten sich höher stellen. Rechnliche Beispiele führte er auch bei den übrigen Positionen an. Im übrigen sei das Quantum von 2000 Waggons, das die Kohlenhändler im Jahre erhielten, nicht hoch. Die Mi-

glieder der Preisfestsetzungskommission beharrten demgegenüber auf ihrem Standpunkte: die Alkulation sei nicht richtig. Nach ihren Berechnungen, wofür sie ebenfalls Beispiele anführten, würden die Arbeiten nicht so teuer und andere Unkosten, besonders bei Säcken, die pro Zentner mit 1 Mk. berechnet sind, seien nicht so hoch. Die Vorschläge der Preisfestsetzungskommission auf Herabsetzung der Unkosten, fanden keine Annahme. Nachdem die Verhandlungen bereits 1 1/2 Stunden gedauert hatten und ergebnislos verlaufen schienen, stellte Knap an die Kohlenhändler die Frage, ob sie überhaupt nicht in eine Preisherabsetzung willigen wollten. Wenn keine Zugeständnisse gemacht würden, oder gemacht werden könnten, sei weiteres Verhandeln zwecklos. Er wünschte von den Vertretern der Kohlenhändler eine Erklärung über diese Frage. Direktor Hyde erwiderte: Sie legten großen Wert darauf, daß alle Positionen einzeln beraten würden, um beweisen zu können, daß ihre Berechnungen richtig seien. Ihre Alkulation sei bereits von der Ortskohlenkasse unter Hinzuziehung von Arbeitern als Sachverständigen nachgeprüft und für richtig befunden worden. In Hamburg sei der Koks noch ein wenig teurer als in Lübed. Die Preisfestsetzungskommission machte verschiedene Vorschläge zur Preisherabsetzung und erklärte, wenn eine Einigung nicht erzielt würde, müßten sie unter sich darüber beraten, was zu tun sei. Die Kohlenhändler erklärten dann nach einer Beratung unter sich, daß sie den Preis für alle Brennmaterialien um 1 Mk. pro Zentner herabsetzen wollten. Dieses Angebot nahm die Preisfestsetzungskommission an und bemerkte, daß hoffentlich bald eine weitere Preisermäßigung folgen würde.

Die Preise pro Zentner sind nach dieser Herabsetzung wie folgt: Koks bei 1 und mehr Zentnern frei Haus 28,35 Mk.; bei 10 Zentnern frei Haus 27,35 Mk.; ab Lager 25,35 Mk.; ab Wagon 24,65 Mk. Briketts frei Haus bei 1 und mehr Zentnern 22,75 Mk.; bei 10 Zentnern frei Haus 21,25 Mk.; ab Lager 18,55 Mk. Mitgeteilt wurde auch, daß der Reichskommissar die Brikettlieferung per Bahn für Lübed abgelehnt habe. Man müsse nun versuchen, die freigegebenen rheinischen Briketts zu kaufen und durch die Eisenbahn nach hier schaffen zu lassen.

„Bürgerliche und Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen“

laute das Thema, worüber Herr Koppisch-Weipzig in einer am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus tagenden öffentlichen Versammlung sprach. Die Versammlung, die vom Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübed einberufen war, zeigte einen starken Besuch. Der Referent betonte eingangs seiner Rede, daß Turnen und Sport für den Menschen so notwendig sei, als Speise und Trank. Die körperliche Erziehung müsse der geistigen Erziehung gleichgestellt werden. Für die Schulklassen würde aber in dieser Beziehung nichts getan. Es sei ein Glück, daß der Militarismus zusammenbrach; für die körperliche Erziehung hätte die militärische Dienstzeit aber doch einen Wert gehabt. Nachdem der Krieg und seine Folgen die Volksgesundheit stark untergraben habe, sei es um so notwendiger, den Körper durch Turn- und Sportübungen zu kräftigen. Die Leibesübungen seien an sich absolut unpolitisch. Die bürgerlichen Sportvereine versuchten auch die Arbeiter zu sich hinzuzuziehen, die Arbeiter-Turn- und Sportvereine hätten aber den Kampf, der vor dem Kriege bestand, nach dem Kriege gegen die bürgerlichen Vereine fortsetzen müssen, da diese nicht neutral, sondern politisch seien. Wären sie wirklich neutral, wie sie oft behaupten, dann würde es keine Arbeiter-Sportvereine geben. In den bürgerlichen Vereinen würde aber nach wie vor neben dem Sport in starkem Maße patriotische Gesinnung gepflegt. Vor dem Kriege seien oft Personen wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung aus den bürgerlichen Vereinen ausgeschlossen worden. Auch Angehörige der Konsumvereine sei das gleiche widerfahren. Gegen den Arbeiter-Turn- und Sportverein habe eine tolle Hege getrieben worden. Auf Grund uralter Kabinetsordnungen hätte man die Turngenossen mit Geld- und Gefängnisstrafen bestraft. Nach der Verkündung des Bürgerfriedens und nach der Revolution wurde der Kampf nicht mehr in der früheren Form geführt. Redner erinnert daran, daß man nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Vereine im „Völkervereinigungsbund“ durch geschicklichen Zwang die ganze Jugendberziehung unter diese Organisation, die den Krieg verherrlichte und Kriegsbereitungen veranstaltete, stellen wollte. Davon sei nun glücklicherweise nichts geworden. Solange wie der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus bestände, könne von einer völligen Neutralität nicht geredet werden. Die Verhältnisse würden durch die Politik beeinflusst. Politik könnten und wollten die Arbeiter-Sportvereine nicht treiben, sie ständen aber auf dem Boden des Klassenbewußtseins proletariats. In den bürgerlichen Organisationen würde stark indirekt Politik gegen die Arbeitererschaft getrieben. Während jene patriotische Feste feiern und patriotische Lieder singen, gehen wir zu den Arbeiterfesten und helfen diese verschönen. Redner zeigte

an zahlreichen Artikeln bürgerlicher Sportblätter und an Reden bürgerlicher Sportführer, in welcher Weise dort Politik gegen die Arbeitererschaft getrieben wird. In Bremen habe man bei der letzten Reichstagswahl direkt Propaganda für die Deutsche Volkspartei getrieben. Die Zeilfreiwilligen, die den Kapp-Putsch unterstützten und in einigen Städten auf das Volk geschossen hätten, waren größtenteils Mitglieder der bürgerlichen Sportvereine. Auf gesellschaftlichem Gebiet sei ein Zusammengehen mit den bürgerlichen unmöglich. Auch innerhalb ihrer Organisationen könnte man eine Klassenscheidung beobachten. Die Neutralität würde in jenen Organisationen als Deckmantel für ihre geheime Politik benutzt. Wo nicht direkt Politik getrieben würde, versuche man die Mitglieder zum Indifferentismus zu erziehen. Diese Betätigung entspringe nicht immer einer bösen Absicht, nein, das sei ihre Ueberzeugung und Ansicht, weil sie in dieser Anschauung aufgewachsen und erzogen seien. Der Arbeiter wurde von ihnen nicht mit gleichem Maße gemessen. Ein Zusammengehen mit den bürgerlichen sei ausgeschlossen, da sie bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen nicht einmal die Neutralität wahren. Ehrliche bürgerliche Sportler halten ebenso wie wir ein Zusammengehen für unmöglich, da die gesellschaftlichen Unterschiede zu groß seien. Wenn heute noch viele Arbeiter in den bürgerlichen Sportvereinen sind, so sei das vornehmlich auf die mangelhafte Aufklärung zurückzuführen. In dieser Hinsicht müsse mehr als bisher geschehen, dann würde der Erfolg nicht ausbleiben. (Lebhafte Beifall.) — In der Aussprache brachte zunächst ein Redner die heiligen Verhältnisse vor dem Kriege und die jetzt bestehenden zur Sprache. Auch heute noch seien hier viele Arbeiter in Sportvereinen, wo sie nicht hingehörten. Scharf kritisierte er dann, daß zwei Arbeiterführer die bürgerlichen Sportvereine unterstützt hätten. Die Leiter dieser Organisationen seien dieselben wie früher, ihre Gesinnung sei auch dieselbe. Arbeiterführer und Arbeiter dürften den bürgerlichen Vereinen nicht angehören. Wer dort Mitglied sei, könne nicht Mitglied der Arbeitervereine sein. In der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Redner, die größtenteils im Sinne des Referats sprachen. Der Kommunist Frank rief seinen Genossen zu, auch in den Sportvereinen auffarend zu wirken, damit die Arbeitererschaft den Endkampf freudig bestreite. Ein hiesiger Arzt hob den hohen Wert der Leibesübungen hervor und betonte, daß die Politik beim Sport verschwinden müsse. Ein anderer Redner empfahl den Arbeitern, den bürgerlichen Vereinen beizutreten und dort den Kampf aufzunehmen. Diese Ansicht bestämpfte der Referent in seinem Schlußwort entschieden. Die Arbeiter dürften ihr Geld nicht für diese Organisationen hergeben und hob dann nochmals die Notwendigkeit der Leibesübungen und der Aufklärung hervor.

Sechshundertschiffe. Im September liefen nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes im Lübecker Hafen 138 Dampfer und 107 Seeler, zusammen 245 (1919: 210) Handelsschiffe mit 41 668 (41 252) Reg.-Tons Raumgehalt ein und 136 Dampfer und 107 Seeler, zusammen 243 (223) Schiffe mit 42 224 (54 011) aus. Beladen waren einkommend 158 Schiffe = 64,5 Prozent und ausgehend 149 = 69,5 Prozent. Von den 488 Fahrten aller ein- und ausgegangenen Schiffe entfielen auf deutsche Häfen 87, auf russische 11, auf finnische 27, auf schwedische 177, auf norwegische 19, auf dänische 150, auf niederländische 5, auf sonstige 4 und auf die Hochseefischerei 8. Dem Tonnengehalt nach kamen auf das Inland 12 833 Reg.-Tons, auf Rußland 3692, auf Finnland 8485, auf Schweden 36 399, auf Norwegen 4936, auf Dänemark 13 947, auf Holland 2642, auf das übrige Ausland 242 und auf die Hochseefischerei 740. Die deutsche Flotte führte 309 Schiffe, die russische 4, die finnische 33, die schwedische 90, die norwegische 3, die dänische 48 und die niederländische 1 Schiffe.

Stadttheater. Am Sonnabend findet die erste Wiederholung von „Minna von Barnhelm“ statt. Für die Vorstellung des Arbeiterbildungsvereins am Sonntag mittag sind noch Karten an der Kasse zu haben. Zur Aufführung gelangt „Minna von Barnhelm“. Abends findet die Erstaufführung von „Der letzte Walzer“ von Oscar Strauß statt.

Schauspieltheater. Auf die Premiere der großen romantischen Operette „Jigeunerliebe“ von Franz Lehár weist die Direktion ganz besonders hin.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Wiebergefundene Postwertzeichen. Als Beteiligter der Posträuberbande ist ein Seemann Kühl verhaftet worden, bei dem man außer einem schwarzeladenen Armesrevolver unter anderem auch eine schwarze Maske fand. Ein Streckenarbeiter entdeckte unter einem Bretstein am Gitter des Bahndammes an der Friedenstraße einen Postbeutel mit Postwertzeichen im Betrage von 39 000 Mark und hinter dem Hause Schul-

Jesus von Holtshausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

18. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Da er an einem der folgenden Tage in der Dämmerstunde aus dem Walde heimkehrte, traf er in der Wohnstube Fräulein Korreslühr.

Das arme Ding weiß wieder nicht ein noch aus, begrüßte ihn seine Mutter, da will sie sich bei uns Rat holen und ich habe selber keinen! Nun sieh du zu, was du vermagst!

Ich habe ihn auch nicht schiefelweis! Ich erziehe ihn so. Und er wandte sich an das junge Mädchen: Ist's wieder böse zugegangen?

Es ist dem Vater hinterbracht worden, daß ich mich mit dem Herrn Köhler hin und wieder getroffen habe; nun hat er mir gedroht, er jage mich vom Hause, wenn ich nur noch ein Wortlein mit ihm spreche!

Die Mutter ging in die Küche. Der Lehrer wandelte im Zimmer auf und ab.

Und nun soll ich Ihnen Mut zusprechen, dem Vater ungeschoren zu sein, damit Sie eine Krücke haben, auf die Sie sich stützen können! — Kennen Sie denn das vierte Gebot nicht, Fräulein Else?

Ich habe meine Eltern lieb, aber schließt das auch in sich, daß ich meine eigene Liebe töten muß?

Nein, aber das fordert Gehorsam!

Allen den Gehorsam! Und auch, wenn dieser Gehorsam eine Sünde wider das eigene Herz ist! Gilt das Kind denn gar nichts? Da kämen wir ja aus der Sklaverei nicht heraus!

Muß ich meine Eltern lieben und ihnen folgen, nur weil sie meine Eltern sind? Wollen sie diese Auslegung des vierten Gebotes auch den Kindern lieblos und böser Eltern geben? Kann ich jemanden lieben, der mich nicht liebt, jemand folgen und gehorchen sein, der Unmögliches und Feindliches von mir fordert? Wohl nimmer! Soll es aber zur Pflicht werden, wenn solche Menschen mir zufällig Vater oder Mutter sind? Da würde ja die Liebe zur Heuchelei, der Gehorsam zum widerwärtigen Kadavergehorsam.

Die Alten mögen es wohl so gemeint haben!

Aber wir, Herr Schröder, müssen wir uns nicht von diesem Bann, der unheilvoll werden kann, freimachen?

Der Lehrer sah das junge Mädchen erschauert an. Woher kommen ihm diese aufrührerischen Gedanken? Sollte der Jesus schon so in seinen Bann gezogen haben, daß es fast be-

wußt die Bande löste, die es an Haus und Familie fesselte? Galt ihm alte Zucht und Sitte nichts mehr?

Da war's ihm mit einemmal, er lähe den Ortschulinspektor, der ihn zurecht und mahnend ansehe: Hat Sie der neue religiöse Wahn schon so in seinen Bann gezogen, daß Ihnen der alte tausendjährige Glaube, in dem unsere Väter und Vorfäter geboren und selig gestorben sind, nichts mehr gilt?

Tat das Mädchen etwas anderes, denn er selbst? Mächtige Sie sich nicht auch frei von alten, ehrwürdigen Forderungen, die zur Sünde werden konnten, wenn sie zu einem starren, unbeweglichen Dogma auswuchsen? Aber wer wollte hier Richter sein und aburteilen, verdammen oder selig sprechen? Hier standen der schollenholze, um sein Erbe besorgte Bauer, dort die kehnfüchtige, nur ihre Liebe kennende Tochter! Welches Menschen Weisheit wollte es wagen, den beiden ihr Urteil zu fällen?

Von ihm aber ward nun ein Spruch verlangt, da dachte er an sich. Wußte er begrifflich Klar zu sagen, das ist Gott! So wirkt keine Kraft sich aus! Nein, er wußte wohl, ein begrifflicher Gott ist kein Gott! Man kann ihn nur erleben, sich ihm einfühlen, aber keine wissende Lehre von ihm geben!

Fräulein Else! begann er dann: Ob Sie recht oder unrecht tun, kann Ihnen kein Mensch sagen, Ihnen nicht und Ihrem Vater nicht; es kommt darauf an, in welchem Winkel ich stehe und Sie beide beschau. Sie haben ein gutes Herz, ziehen Sie das zu Rate; prüfen Sie Ihre Gefühle ernstlich und was das Herz Ihnen sagt, das tun Sie! Ein gutes Herz kann irren, aber nicht lügen. Und sollten Sie getrrt haben, da wird ein Pfad zu dem wirklichen rechten Weg nicht weit sein! Anderes kann ich Ihnen nicht sagen.

Ich danke Ihnen von Herzen; aber, nicht wahr, sollte ich einmal wirklich in Not und Trübsal geraten, da werden Sie mir ein helfender Freund und Berater sein! Ich habe ein solch großes Vertrauen zu Ihnen! Sie haben mir stets das Rechte gesagt.

Meine Mutter hat Sie gern, Fräulein Korreslühr. Sie dürfen schon immer zu ihr flüchten. Aber schauen Sie nicht so grau in die Zukunft; der Mai blüht, alle Himmel sind uns nahe! Die Pfingsttage rücken an; rüsten wir uns, daß wir keinen Geist empfangen!

Als das Mädchen gegangen, trat die Mutter wieder ins Zimmer. Es ließ nimmer etwas zwischen den beiden werden! Dazu sind die Bahnarbeiten im Herbst vollendet, und der Ingenieur verläßt die Gegend.

Sie ärgerte und stockte und sah ihren Sohn lauernd von der Seite an: Gefällt denn dir die Else nicht?

Der Sohn wandte sich betroffen um; einen Augenblick stieg er zu der stillen Frage; dann lachte er laut und berahm-

Mutter, willst du dir einen Kuppelpels verdienen? Nein, nein, mein Herz ist anderer Dinge voll, das hat noch kein Kämmerlein für seine Liebe zugerichtet!

Der Vater ist alt und brüchig; leider, leider! — Du müßtst dich doch beiseiten unsehen.

Er wehrte mit beiden Armen ab. — Aber recht hatte die Mutter schon; auch er hatte den Vater schon des öfteren mit sorglichen Blicken betrachtet. Die Lunge war morbid; wenn sie einmal verlagte —

Wenn das Schlimmste eintrete, spanne seine Mutter den Gedanken fort, würdest du mit deiner Frau hier wohl im Hause wohnen können; die Fräulein tät ich schon besorgen, und die stillen, gerechtfame blieben uns dann auch erhalten!

Mutter, bete die Not nicht herbei!

Da trat auch der Vater mit einem Gottlich Marischen herbei. Beide sahen auf ihn, wie er das Rädel schwer auf die Erde stellte.

Der Mai entfaltete sich in Macht und Herrlichkeit, in aller Lieblichkeit und Süße. Der Frieder blühte, und der Rotdorn brannte. Die Nachtigall schlüchzte in den Büschen. Reich und düftig stieß die Abendluft; die Liebe lodte, und das Blut sang seine dunklen Lieder.

Der Lehrer hatte das Fenster in seinem Zimmer weit aufgemacht. Voll strömte die milde Abendluft herein. Er sah und sah auf die Waldhügel. Und immer lang die Nachtigall ihr süßes Lied in den grauen Abend.

Da ging drüben die Fährloche. Der Vater holte über. Zwei standen auf der Fähr. Es mochte ein Liebespärchen sein, das seine Liebe und den Abend gestofte.

Er sah nicht hin, absichtlich nicht. — — — Und mit einem Male fühlte er sich einsam, und es war ihm, als ob er ein wenig Reid verpüre. Er rührte den Kopf und träumte; eine weiche und schmeichlerische Stimmung nahm ihn gefangen.

Da rief ihn ein Klopfen an der Tür hoch. Der Ingenieur trat ein.

Das ist gut, daß Sie einmal zu mir kommen, mir war ganz seltsam zu Mute.

Er hand auf und wollte das Licht anzünden. Lassen Sie doch, die Dämmerstunde ist schön!

Der Besucher zog sich einen Stuhl an das Fenster. Ich komme ganz absichtslos zu Ihnen, ich sah Sie am Fenster. So, waren Sie auf der Fähr?

Ja, Fräulein Korreslühr und ich.

Fräulein Sie nicht, dem jungen Mädchen Unannehmlichkeiten zu bereiten?

Ihr Vater glaubt sie bei der Tante.

Fortsetzung folgt.

